

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**Fleischverzehr und Verbraucherschutz: Transparenz schaffen**

In den letzten Monaten wurden erhebliche kriminelle Machenschaften in der Lebensmittelindustrie und im -handel aufgedeckt. Mit den Fleischskandalen wurden die Gesundheitsgefährdungen der Verbraucherinnen und Verbraucher wieder einmal offensichtlich. Trotzdem haben Bürgerinnen und Bürger bis heute kein Informationsrecht, die Namen der illegal handelnden Firmen zu erfahren. Nach wie vor werden die Konsumentinnen und Konsumenten mangelhaft informiert.

Obwohl in den letzten Jahren viele Verbesserungen im Verbraucherschutz erreicht wurden, ist ein umfassendes Verbraucherinformationsgesetz zweimal im Bundesrat gescheitert. Angesichts der skandalösen Ereignisse rund um die Verarbeitung und Vermarktung von verdorbenem Fleisch ist ein konsequentes Handeln auf den Ebenen von Bund und Ländern unabdingbar.

Erste Ankündigungen auf der Bundesebene, nun endlich ein Verbraucherinformationsgesetz schaffen zu wollen, gehen in die richtige Richtung. Die Schaffung neuer gesetzlicher Grundlagen im Bund, die den Verbraucherinnen und Verbrauchern wirkungsvolle Auskunftsrechte gegenüber den kommunalen und staatlichen Behörden und gegenüber der Wirtschaft einräumen, ist mehr als überfällig.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, sich für die zügige Einbringung und Verabschiedung des angekündigten Verbraucherinformationsgesetzes im Bund einzusetzen. Es soll folgende Eckpunkte umfassen:

- Verbraucherinnen und Verbraucher müssen ein umfassendes Informationsrecht über vorhandene Daten bei Behörden erhalten;
- Unternehmen sollen im Rahmen der Verhältnismäßigkeit verpflichtet werden, verbraucherrelevante Informationen auch an Bürgerinnen und Bürger herauszugeben;
- die Behörden müssen die ihnen vorliegenden Informationen über illegale Praktiken unverzüglich veröffentlichen dürfen, einschließlich der Nennung der beteiligten Firmen.

Dr. Karin Mathes,
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen